

Dringlicher Antrag
der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 158. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien

Unterstützung für ArbeitnehmerInnenrechte in Kasachstan

Am 23. Oktober kommt der kasachische Diktator Nursultan Nasarbajev zu „Wirtschaftsgesprächen“ nach Österreich. Die Bundeswirtschaftskammer versucht die österreichischen Investitionen in Kasachstan anzukurbeln. Die 158. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien nutzt diese aktuelle Gelegenheit, um gegen die verheerende Menschenrechtssituation in Kasachstan zu protestieren!

Die 158. Vollversammlung der AK Wien beschließt:

1. Die AK Wien fordert die Bundesarbeiterkammer und den Österreichischen Gewerkschaftsbund auf, mit den unabhängigen und oppositionellen Gewerkschaftsgruppierungen in Kasachstan, welche enormer staatlicher Repression ausgesetzt sind, Kontakt aufzunehmen und die Anliegen dieser unabhängigen Gewerkschaften mit Solidarität, Öffentlichkeit in eigenen Medien usw. zu unterstützen.
2. Die 158. Vollversammlung der AK Wien verurteilt die Repressionen des kasachischen Regimes gegen GewerkschafterInnen, wie die z.B. militärische Niederschlagung des Erdölarbeiterstreiks in Westkasachstan.
3. Die 158. Vollversammlung der AK Wien fordert die kasachischen Behörden auf, alle politischen Gefangenen freizulassen.
4. Die 158. Vollversammlung der AK Wien fordert die kasachischen Behörden auf, eine unabhängige Untersuchungskommission, bestehend aus VertreterInnen der Bevölkerung und der Gewerkschaften, zur Untersuchung des Massakers von Schanaosen vom Dezember 2011, zuzulassen.
5. Die 158. Vollversammlung der AK Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, jede Kooperation mit dem kasachischen Regime einzustellen.
6. Die AK Wien sieht es als ihre Aufgabe, auf die massiven Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und die Menschen vor Ort in ihrem Kampf für demokratische und soziale Rechte zu unterstützen.

Begründung:

Kasachstan ist ein Polizeistaat unter der Führung von Nursultan Nasarbajev. Oppositionelle GewerkschafterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen werden einsperrt, gefoltert und ermordet. Das Land ist reich an Bodenschätzen. Trotzdem muss die Normalbevölkerung unter sehr schlechten sozialen Bedingungen leben. Gleichzeitig schafft die politische Führung riesige Geldmengen – vor allem aus den Ölgeschäften - ins Ausland. Gegen diese Zustände wehren sich die kasachischen ArbeitnehmerInnen, etwa mit dem monatelangen Streik der ErdölarbeiterInnen von Westkasachstan. Am 16.12.2011 rückten Spezialpolizei und Militär in die westkasachische Stadt Schanaosen ein und schlugen die Streikbewegung mit Waffengewalt nieder. Unabhängige Schätzungen sprechen von über 100 Toten in den darauf folgenden Tagen. Viele GewerkschafterInnen wurden inhaftiert, in Schauprozessen abgeurteilt und in den Polizeistationen gefoltert.